

Spies bekommt Rückendeckung

Fraktionen sind sich mit dem Oberbürgermeister einig: Haushaltssperre ist nötig, um nicht pleite zu gehen

Sie dürfen nicht zu viel verraten. Das haben sie schriftlich versprochen: Die Fraktionschefs signalisieren aber, dass sie den Sparkurs von OB Spies mittragen wollen.

Fortsetzung von Seite 1
von Anna Ntemiris

Marburg. Der Wahlkampf ist vorbei, die Koalitionsverhandlungen laufen noch. Vor diesem Hintergrund möchte offenbar derzeit keiner zu viel öffentlich Konkretes sagen. Die Fraktionsvorsitzenden und Magistratsmitglieder trafen sich am Freitagnachmittag mit Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies (SPD) im Rathaus, um über die angekündigte Haushaltssperre zu sprechen. Der OB informierte die Kommunalpolitiker über das erwartete Einnahme-Minus aus der Gewerbesteuer in Höhe von 20 Millionen Euro im laufenden Jahr (die OP berichtete).

Er bat während der nicht öffentlichen Sondersitzung alle zur Zusammenarbeit über Fraktionsgrenzen hinweg. In der anschließenden Pressekonferenz erklärte Spies, dass die

selbstverständlich, dass man das Steuergeheimnis wahre, hieß es aus Kreisen der Kommunalpolitik. Aber auch an diesem Punkt wollte sich keiner zu weit aus dem Fenster lehnen.

Nach Informationen der OP hat das Pharmaunternehmen GSK Vaccines hohe Rückforderungen aus der Gewerbesteuer an die Stadt Marburg gestellt. Diese Millionen-Beträge führen hauptsächlich zu dem Gesamtergebnis von 20 Millionen Euro weniger an Einnahmen.

CDU gibt Spies Recht, Linke will höhere Gewerbesteuer

Rückendeckung erhält Spies vor allem vom Fraktionschef der CDU, Wieland Stötzel. „Bei den erwartenden Mindereinnahmen ist die Haushaltssperre richtig.“ Ähnlich wie zuvor Spies sagte auch Stötzel, man müsse beim Sparen aufpassen, dass man die Infrastruktur der Stadt nicht antaste. Soziale Institutionen, Vereine und Kultur müssten weiterhin unterstützt werden. „Aber wir müssen uns alle Ausgaben, die nicht zwingend sind, anschauen.“ Dietmar Göttling, Fraktionschef der Grünen, die bisher Koalitionspartner der SPD waren, sagte



Rathauschef Thomas Spies (von links), Hauptamtsleiter Helmut Hofmann und OB-Referentin Elke Siebler während der Pressekonferenz am Freitag. Foto: Ntemiris

berichtet), sieht die Stadt Marburg immer noch mit einer soliden finanziellen Basis. „Katastrophenstimmung ist deshalb fehl am Platz“, so Rink.

Er sei überzeugt davon, dass „die einmalige hohe Steuer-rückzahlung, die noch für dieses Jahr ansteht, zu meistem ist, ohne dass es jetzt zu Einbußen in der Qualität der sozialen oder kulturellen Infrastruktur kommt“. Langfristig sei die Stadt mit jährlich rund 20 Millionen Euro Mindereinnahmen in der Gewerbesteuer konfrontiert. Das sind, bezogen auf den Ergebnishaushalt – also die laufenden Einnahmen und Ausgaben –, unter 10 Prozent des Haushaltsvolumens. „Das ist eine relevante Größe, mit der wir aber umgehen können.“ Falsch wäre, reflexartig nach „harten Einschnitten“ oder ähnlichem zu rufen – Einschnitte, die in der Regel diejenigen treffen, die unserer Unterstützung zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben am meisten bedürfen, so Rink.

Fraktionen: Steuerausfälle nicht dramatisieren

Die Marburger Linke warnt davor, die Steuerausfälle zu dramatisieren. Statt Haushaltskürzungen fordert sie Überbrückungskredite und eine Anhebung der Gewerbesteuer. „Das Problem der Steuerausfälle sollte nicht künstlich aufgebauscht

werden. Den befürchteten Rückgang der Gewerbesteuer-einnahmen um zirka 20 Millionen Euro kann die Stadt Marburg verkraften. Er rechtfertigt keinesfalls drastische Kürzungen“, sagt der neu gewählte Fraktionschef Jan Schalauske. Noch im vergangenen Jahr wurden Gewerbesteuermehreinnahmen von 50 Millionen Euro erzielt, erklärt Schalauske.

„In jeder Krise steckt eine Chance“

„Die Erfahrung lehrt, dass auf neun Jahre mit erheblichen Steuermehreinnahmen ein Jahr mit Steuerausfällen kommt.“ Die Marburger Linke lehne Sozial- und Personalabbau ab, um die kurzfristigen Einnahmeausfälle auszugleichen. Eine Forderung, die die Marburger Linke seit Jahren erhebt, würde der Stadt laut Schalauske jetzt aus der Patsche helfen: Die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 430 Punkte. Der Hebesatz ist erst kürzlich von 370 auf 400 Punkte angehoben worden. Spies hat im OP-Gespräch eine weitere Anhebung abgelehnt. An die Adresse der Linken, die von der SPD ebenfalls zu Sondierungsgesprächen eingeladen wurden, sagte er, es werde sich jetzt zeigen, wer bereit sei, mitzuarbeiten.

Auch die „Bürger für Marburg“ (BfM) geben Spies Recht:

„Der OB hat alle Maßnahmen ergriffen, um mit Ruhe und Besonnenheit die nötigen Schritten einzuleiten. Sehr zu begrüßen ist sein Schreiben an alle Mitarbeiter der Verwaltung, dass es keine Restriktionen bei bestehenden Arbeitsverhältnissen gibt“, teilte Andrea Suntheim-Pichler mit. „In jeder Krise steckt eine Chance. Um die große Abhängigkeit von starken Gewerbesteuereinzahlern zu mindern, braucht es mittelfristig die Ansiedlung von weiteren finanzstarken Unternehmen im Raum Marburg“, sagte sie.

Die FDP war nach dem Bekanntwerden der Steuer-Rückforderungen durch den OB-Bericht am Donnerstag mit einer Pressemitteilung an die Öffentlichkeit getreten: Man frage sich, seit wann genau Spies von der Rückzahlungsforderung wusste. Gegenüber der OP sagte Spies, dass er erstmals am 10. März die Informationen erhalten habe. Hanke Bokelmann (FDP) erinnerte daran, dass Ex-OB Egon Vaupel im Juni 2015 eine Gewerbesteuer-Nachzahlung in Höhe von 42 Millionen Euro verkünden konnte. „Das Geld scheint inzwischen im rot-grünen Schlendrian ausgegeben und abgegeben zu sein. Vaupel ist inzwischen abgesprungen und hat ein – wie es nun scheint – vergiftetes Erbe und ein zusammenfallendes Kartenhaus hinterlassen.“



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER!
von Anna Ntemiris

Ein Frühlingsanfang könnte schöner aussehen. Etwas mehr Sonne wäre angebracht. Die hat der Deutsche Wetterdienst für nächstes Wochenende angekündigt. Das passt: Wir haben Ostern, und da können wir ein wenig mehr Sonnenschein auch gut gebrauchen. Auch die eine Stunde weniger Schlaf aufgrund der Zeitumstellung, die bisher schon Kopfzerbrechen bereitete, ist kein Problem mehr. Wer will schon lange schlafen, wenn die Außentemperaturen auf vielleicht mehr als 20 Grad klettern? Rechtzeitig zum Frühlingsanfang kommen also nicht die Sonnenstrahlen raus, aber die guten Nachrichten. Und diejenigen, die sagen, dass man so viele Tage im Voraus keine realistischen Prognosen abgeben kann, mögen Recht haben: Wir wollen das aber nicht hören. Lieber verlassen wir uns auf den Frühling, der hält, was er verspricht. Und sollte er es nicht machen, wünschen wir uns ganz schnell den Sommer herbei. Eine schöne Frühlingswoche wünsche ich Ihnen.

Klimawandel als Anlass für Migration

Marburg. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) richtet eine neue Forschergruppe unter Marburger Federführung ein. Der Verbund geht der Frage nach, ob sich Menschen in heutigen Äthiopien schon in der Mittleren Steinzeit vor dem damaligen Klimawandel in Sicherheit brachten, indem sie in die Berge flüchteten. Das Antragsvolumen des Konsortiums beläuft sich auf 2,5 Millionen Euro für die ersten zwei Jahre; knapp die Hälfte davon fließt an die Philipps-Universität. Dies teilte am Freitag die Uni Marburg mit.

Die „Bale Mountains“ sind ein Gebirge im östlichen Afrika, dessen Gipfel eine Höhe bis zu 4 300 Meter erreichen. Auf dem gesamten Kontinent gibt es keine größere geschlossene alpine Landschaft. Wegen ihrer Abgeschlossenheit sind die Berge besonders reich an endemischen Arten, das sind Tiere und Pflanzen, die nur dort vorkommen. „Das größte afroalpine Ökosystem gilt als naturnah“, erklärt der Marburger Geograph Professor Georg Miehe, der Sprecher des Konsortiums. „Wir gehen trotzdem davon aus, dass auch dieses Hochgebirge schon früh, vielleicht sogar schon von steinzeitlichen Jägern durch Feuer zu einer Kulturlandschaft erschlossen wurde.“

Wie viel menschlicher Einfluss hat das Ökosystem des afroalpinen Hochgebirges tatsächlich geprägt? Welche Anzeichen gibt es für eine frühe Besiedlung der Berge durch Menschen, die in den Bergen Zuflucht vor lebensfeindlichen Klimaänderungen suchten? „Unser Konzept verbindet Kulturwissenschaften wie Archäologie und Landnutzungsgeschichte mit Naturwissenschaften, um die Umweltgeschichte zu rekonstruieren“, erläutert Miehe.

Das neue Vorhaben führt Wissenschaftler aus dem Fachbereich Biologie und dem Fachbereich Geographie der Philipps-Universität mit Arbeitsgruppen aus Köln, Bayreuth, Halle, Dresden, Bern, Aberystwyth, Paris und Addis Abeba zusammen.

Osterexpress vor Ort. STADTWERKE MARBURG
GOSSFELDEN / 22.03.
14.30 – 17 Uhr / EDEKA

Fraktionen die Notwendigkeit der Haushaltssperre sehen. Daher gehe er davon aus, dass der Magistrat sich in seiner Sitzung an diesem Montag für dieses in Marburg ungewöhnliche Mittel ausspricht. Ein Parlamentsbeschluss ist für eine Haushaltssperre nicht nötig, dennoch will Spies alle Fraktionen weiterhin in die Umsetzung einbinden. Zunächst werden alle geplanten Ausgaben gestoppt und ihre Notwendigkeit neu geprüft. Die Verwaltung muss sich dabei eng mit dem Kammerer abstimmen. Außerdem wird Spies einen zweiten Nachtragshaushalt für 2016 erstellen.

Wie die OP erfuhr, sollten die Fraktionsvorsitzenden am Freitag unterschreiben, dass sie keine Informationen über die näheren Gründe des Einnahme-Minus weitergeben. Das sei ungewöhnlich, schließlich sei es

auf Anfrage der OP, er habe nach dem Gespräch eher den Eindruck, dass nun eine Durststrecke überwunden werden müsse. Der OB habe keine dramatische Lage aufgezeigt. Die beabsichtigte Haushaltssperre sei nach der Hessischen Gemeindeordnung aufgrund der Höhe der Gewerbesteuerveränderung nötig, sagte auch Göttling. Er fügte hinzu: „Strukturell ist der Haushalt eh schwierig.“ Eine Ausgaben- und Aufgabenkritik sei nötig, um wieder einen ausgeglichenen Haushalt zu haben. Gewerbesteuereintrüche gebe es immer mal. „Die Gewerbesteuer ist eine unsichere Größe für die Kommunen“, so Göttling. Daher sollte die Stadt vor allem schauen, wie sie Investitionen ausgleicht.

Steffen Rink, der vermutlich heute sein Amt als Fraktionsvorsitzender abgeben wird (die OP

Meeresschutz an Land: Aktionstag gegen Plastik

Greenpeace-Mitglieder und engagierte Marburger beteiligten sich an Müllsammlung entlang der Lahn

In 60 deutschen Städten befreiten Greenpeace-Gruppen am vergangenen Samstag Fluss- und Seeufer von Kunststoffabfall.

von Arnd Hartmann

Marburg. Auch viele junge Marburger Bürger zeigten ihr Interesse an der Umweltschutzaktion und sammelten kräftig mit. Kunststoffzeugnisse landen als Abfall seit Jahrzehnten in den Oberflächengewässern und stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Tierwelt dar. „Das ist aber nur die Spitze des Eisbergs“, erklärte die Marburger Greenpeace-Aktivistin Daphne Tokas. Laut Greenpeace-Studien entfallen zwei Drittel des Plastikverbrauches in Europa auf fünf Länder, in denen die Bundesrepublik an der Spitze

steht. Eine robuste Plastikflasche verrottet nach Schätzungen erst nach um die 400 Jahre. 70 Prozent der von Menschen verursachten Kunststoffabfälle, transportiert durch Flüsse, liegen auf dem Meeresgrund, wo sie als Mikroplastik in den Körpern der Meeresbewohner landen. Aber nicht nur Kleinstteile von Kunststoff sind eine Gefahr. Im umhertreibenden Zivilisationsmüll auf den Ozeanen können sich die Tiere verheddern oder ersticken an ihrem Verzehr. Mit Greifhaken und Abfallsäcken ausgerüstet, machten sich die Umweltschützer deshalb in vier Gruppen auf den Weg, um links und rechts entlang des Lahnufers in der Innenstadt den Abfall zu sammeln. „Es ist natürlich kein Vergnügen, den Müll von anderen aufzulesen. Doch welchen Fußabdruck wollen wir den nächsten Generationen hinterlassen?“



Greenpeace-Aktivist Simon Ewers (Zweiter von rechts) sammelte mit jungen Marburgern als eine von vier Gruppen Kunststoff und weiteren Abfall. Foto: Arnd Hartmann